

Jürgen Rausch

## **Wehrpflicht: Freiheit und Pflichten – das eine kann nicht ohne das andere.**

Ein Essay zur aktuellen Diskussion zur Stärkung der Wehrfähigkeit der Bundeswehr

### **1. Freiheit braucht Verantwortung**

Freiheit ist kein Zustand, der sich von selbst erhält. Sie beruht auf Ordnung, Sicherheit und dem Vertrauen, dass Bürgerinnen und Bürger bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Die Diskussion über eine mögliche Wiedereinführung der Wehrpflicht, wie sie Bundeskanzler Friedrich Merz jüngst angestoßen hat, berührt daher nicht allein militärische Fragen. Sie betrifft den Kern unseres freiheitlichen Selbstverständnisses. In einer Zeit, in der autoritäre Regime ihre Macht ausbauen, Demokratien unter Druck stehen und der gesellschaftliche Zusammenhalt auch im Inneren zu bröckeln droht, wird die Frage nach der Wehrpflicht zu einer Frage nach der Wehrhaftigkeit der Gesellschaft insgesamt. Wer in Freiheit leben will, muss bereit sein, diese Freiheit zu verteidigen – nicht nur durch Worte, sondern durch Taten.

Freiheit ohne Pflichten degeneriert zu Beliebigkeit. Doch Pflichten ohne Freiheit führen zur Unterdrückung. Der demokratische Staat lebt daher vom Gleichgewicht zwischen beidem: von der Bereitschaft, Rechte zu genießen und zugleich Pflichten zu tragen. Die Wehrpflicht war über Jahrzehnte Ausdruck dieses Gleichgewichts – sie verband den Schutz des Landes mit der sozialen Erfahrung gemeinsamer Verantwortung.

### **2. Wehrpflicht, Freiwilligkeit oder gesellschaftliches Jahr?**

Nach der Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011 setzte sich die Vorstellung durch, Sicherheit könne dauerhaft professionalisiert und ausgelagert werden. Doch der Krieg in der Ukraine, die hybride Bedrohungslage Europas und die zunehmende gesellschaftliche Polarisierung zeigen: Wehrfähigkeit ist nicht nur eine

Frage militärischer Stärke, sondern auch eine Frage des zivilgesellschaftlichen Zusammenhalts.

Ein rein freiwilliger Wehrdienst, wie er gegenwärtig praktiziert wird, bleibt ein Angebot – aber kein verbindendes Band. Er erreicht nur jene, die sich ohnehin für den Dienst an der Gemeinschaft begeistern. Was aber ist mit der großen Mehrheit, die Freiheit als selbstverständlich erlebt, ohne deren Voraussetzungen zu bedenken?

Ein Losverfahren, wie es gelegentlich diskutiert wird, würde das Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz verletzen und Pflichten dem Zufall überlassen. Das widerspricht dem Gedanken einer solidarischen Gesellschaft. Eine **allgemeine Dienstpflicht**, die wahlweise als Wehrdienst oder als soziales, ökologisches oder ziviles Jahr geleistet werden kann, wäre dagegen ein moderner Ausdruck republikanischer Verantwortung. Sie würde den Wert der Freiheit durch gemeinsame Erfahrung stärken, ohne den Einzelnen zu bevormunden. Ein solches Jahr wäre kein Rückfall in alte Militarismen, sondern ein Zukunftsprojekt der Demokratie: Junge Menschen könnten in Pflegeheimen, Kitas, Hilfsorganisationen oder eben in der Bundeswehr Verantwortung übernehmen – und damit ihre Zugehörigkeit zu Staat und Gesellschaft praktisch erfahren. Es wäre ein demokratischer Initiationsritus, der Zusammenhalt stiftet, wo Individualismus zu Vereinzelung geführt hat.

### **3. Europäische Vergleiche und das Beispiel Schweiz**

Ein Blick über die Grenzen zeigt, dass viele Nachbarstaaten die Bedeutung des Bürgers in Uniform und des Dienstes an der Gemeinschaft erkannt haben. In der **Schweiz** ist die allgemeine Wehrpflicht seit Jahrzehnten fest im nationalen Selbstverständnis verankert. Jeder männliche Staatsbürger ist zum Dienst verpflichtet, Frauen können freiwillig teilnehmen. Die Wehrpflicht gilt dort nicht als Einschränkung der Freiheit, sondern als deren Voraussetzung. Sie stärkt den Zusammenhalt über soziale, sprachliche und regionale Grenzen hinweg.

Auch in den **nordischen Staaten** – etwa in Finnland oder Norwegen – wurde die Wehrpflicht modernisiert, nicht abgeschafft. Norwegen führte als erstes Land Europas eine geschlechtsneutrale Wehrpflicht ein: Männer und Frauen leisten gemeinsam Dienst für die Verteidigung des Landes. Das stärkt das Prinzip der Gleichheit und die gesellschaftliche Identifikation mit dem Staat.

Deutschland hat sich im Unterschied dazu für den Weg der Aussetzung entschieden – und damit einen wichtigen Pfeiler gesellschaftlicher Solidarität verloren. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe beklagt seit Jahren eine abnehmende „Resilienzbereitschaft“ der Bevölkerung. In Krisenlagen, sei es Pandemie, Flut oder Energieknappheit, zeigt sich immer wieder: Der Staat allein kann die Daseinsvorsorge nicht gewährleisten. Er ist auf Bürgerinnen und Bürger angewiesen, die wissen, was Verantwortung heißt.

Der CDU-Auslandsverband Schweiz teilt daher die Auffassung, dass eine moderne Form der **allgemeinen Dienstpflicht** – wahlweise militärisch oder zivil – eine Chance ist, die Lehre aus der schweizerischen Praxis mit den Erfordernissen der deutschen Gesellschaft zu verbinden.

**Die Einführung eines allgemeinen Dienstjahres kann hier ein guter Kompromiss sein. Jeder könnte seinen Beitrag leisten, alle Bürger und Bürgerinnen wären erfasst und die Systeme konkurrierten vor gemeinsamen Zielen:**

1. **dem Schutz der Freiheit dienen**, indem er Wehrfähigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt;
2. **die Solidarität zwischen den Generationen fördern**, indem junge Menschen Verantwortung für Gemeinschaftsaufgaben übernehmen;
3. **den gesellschaftlichen Zusammenhalt vertiefen**, indem Bürgerinnen und Bürger aus unterschiedlichen sozialen, kulturellen und religiösen Hintergründen gemeinsam für das Gemeinwohl tätig werden;

4. **eine Brücke zwischen Deutschland und der Schweiz schlagen**, indem die Erfahrungen des schweizerischen Milizsystems und der Zivildienstpraxis in die deutsche Diskussion einfließen.

Freiheit und Pflicht sind nach Auffassung des CDU-Auslandsverbandes keine Gegensätze, sondern zwei Seiten derselben Medaille. Eine Gesellschaft, die ihre Freiheit liebt, muss bereit sein, sie zu verteidigen – nicht nur mit Worten, sondern mit Tatkraft. Der Dienst an der Gemeinschaft – ob in Uniform oder im sozialen Engagement – ist Ausdruck dieser Haltung. Entsprechend könnte folgender Slogan die aktuellen Diskussion innerhalb des Bundestags entscheidungsfundierend wirken:

**Freiheit durch Pflichtbewusstsein, Zusammenhalt durch Dienst, Demokratie durch Verantwortung.**

**Buchempfehlungen:**

**Ulrich Schlie (Hrsg.) (2023).** Wehrhaftigkeit und Demokratie: Sicherheitspolitische Verantwortung in Zeiten der Zeitenwende. Freiburg i. Br.: Herder.

Dieses Buch analysiert, wie freiheitliche Demokratien auf neue sicherheitspolitische Herausforderungen reagieren müssen. Es verknüpft die Diskussion um Wehrpflicht und Bundeswehr mit Fragen politischer Kultur, staatsbürgerlicher Verantwortung und europäischer Sicherheit. Besonders aufschlussreich ist der Abschnitt über die Wiederbelebung des „Bürgers in Uniform“ als Leitbild demokratischer Wehrhaftigkeit.

**Herfried Münkler & Marina Münkler (2022).** Lage der Nation: Wie das Ende der Gewissheiten unsere Zukunft prägt. Berlin: Rowohlt Berlin.

Münkler & Münkler beschreiben, wie der Verlust politischer Gewissheiten – vom Frieden über Wohlstand bis zur individuellen Sicherheit – neue Formen gesellschaftlicher Verantwortung erfordert. Dabei sprechen sie sich für eine „Kultur der Pflichten“ aus, die in Demokratien verloren zu gehen droht.